

## **Das Bilden kritischer Massen**

### **- Forschungsförderungspolitik in den GSK-Wissenschaften in Österreich-**

#### **1. Forschung und Selbstunterwerfung**

Um es vorweg zu sagen: Ich arbeite in Wien seit mehr als 11 Jahren als Sozialforscher und Philosoph ohne eine feste Anstellung. Die nun folgenden Analysen und Erkenntnisse, die im Rahmen des Forschungsprojektes „The Humanities and Social Sciences on the Periphery: Sciences or Technocratic Instruments?“ entstanden sind, haben mir im Nachhinein verständlich gemacht, *wie das wissenschaftliche Prekariat in den Geistes- und Sozialwissenschaften das Produkt wissenschafts- und forschungspolitischer Entscheidungen der vergangenen 10 Jahre geworden ist.*

Denn was in Österreich (und im Prinzip auch in anderen europäischen Ländern) passiert ist, kann man getrost als 'wissenschaftspolitische Revolution von oben' charakterisieren, die unter anderem den Effekt hat, dass die freie Forscherinnenszene,<sup>1</sup> die sich zwangsläufig durch die Umstrukturierungen der Universitäten herausgebildet hat, im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften entweder an den Rand gedrängt oder funktionalisiert worden ist. Dieses eben rhetorische eingesetzte „Entweder-oder“ produziert reale, sehr unangenehme Entscheidungssituationen, in denen ich mich – und meine Kollegen – immer wieder sehen: Mach ich da mit? Soll ich die gewünschten Phrasen produzieren, an die ich nicht glaube (und der Adressat vielleicht auch nicht), nur damit ich 'mitspielen' darf? Braucht es wirklich nur 'Antragslyrik', oder wird im Verlauf der Ausschreibungsprozeduren nicht vielmehr eine aktive Selbstunterwerfung der Forschenden *in actu* durchexerziert? Gibt es keinen Raum für eine entspannte, kritische Distanz, die eigentlich für einen gelungenen Forschungsprozess essentiell ist? Denn Nicht-Mitmachen zieht fast zwangsläufig Selbstmarginalisierung nach sich.

Die folgenden Analysen basieren auf Untersuchungen, die im Rahmen des oben genannten Projektes entstanden sind, in dem die kompetitive Forschungsförderung für die „Humanities“ in Ländern Südosteuropas verglichen werden sollte. Österreich diente dabei als notwendiger Vergleichsfall, notwendig, weil dieses Projekt von der österreichischen halbstaatlichen Organisation ASO (Austrian Science and Research Liason Office) gefördert wurde. Das Ergebnis unseres Vergleichs lässt sich in einem schlichten Satz zusammenfassen: So groß sind die Unterschiede im Bereich der Humanities nicht, der österreichische Fall stellt hier keine Ausnahme dar.<sup>2</sup>

#### **2. Forschungsobjekt: GSK?**

Das Problem zeigt sich auch in einer Bezeichnungsnot: Wie heißt eigentlich das Objekt meiner Forschungen?

In der deutschen Bildungstradition seit der Romantik kennt man den Begriff der "Geisteswissenschaften", das waren disziplinär die Philologien, die Geschichte, die Archäologie, sowie die Kunst-, Theater und Musikwissenschaften und als

---

1 Geschlechtsspezifische Bezeichnungen werden im Text alternierend benutzt; das andere Geschlecht ist jeweils mitgedacht.

2 Vgl. die Projektdokumentation auf: <http://www.mirovni-institut.si/hssp/>

"Prinzipienwissenschaft" die Philosophie. Sie wurden klassischerweise durch ihre eigene Methodik - die Hermeneutik - gekennzeichnet und standen methodisch und vom Gegenstand her im Gegensatz zu den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Denn diese hätten sich im Unterschied zu jenen, so Wilhelm Dilthey, mit dem Wirken des "objektiven Geistes" zu beschäftigen.

"So ist der Begriff der Geisteswissenschaft nach dem Umfang der Erscheinungen, der unter sie fällt, bestimmt durch die Objektivation des Lebens in der äußeren Welt. Nur was der Geist geschaffen hat, versteht er. Die Natur, der Gegenstand der Naturwissenschaft, umfaßt die unabhängig vom Wirken des Geistes hervorgebrachte Wirklichkeit. Alles, dem der Mensch wirkend sein Gepräge aufgedrückt hat, bildet den Gegenstand der Geisteswissenschaften. Und auch der Ausdruck »Geisteswissenschaft« erhält an dieser Stelle seine Rechtfertigung. Es war früher die Rede vom Geist der Gesetze, des Rechts, der Verfassung. Jetzt können wir sagen, daß alles, worin der Geist sich objektiviert hat, in den Umkreis der Geisteswissenschaften fällt." (Dilthey 1970: 179f.)

Diese Entgegensetzung (*hier*: eine Wirklichkeit, die vom Geist produziert worden ist und deshalb von ihm verstanden werden kann; *dort*: eine 'geistlose', ferne und andersartige Realität, die der Geist sich aneignen muss) definiert und zugleich begrenzt die Aufgaben und Gegenstände der genannten Disziplinen. Hier wird nicht nur ein Prior gesetzt, nämlich eine grundlegende Wissensform behauptet, sondern auch die romantische Dichotomie zwischen dem Lebendigen und Toten reflektiert. Eine solche Definition stößt begrifflich an Grenzen, wenn sich der Geist nämlich weiter bewegt, spätestens dann also, wenn sich die Biologie mit dem "Wirken des Geistes" zu beschäftigen beginnt, oder die Psychoanalyse körperliche Vorgänge als Wirkungen des Unbewußten beschreibt.

Ein Ausweg aus der gleichwohl prägenden Diltheyschen Dogmatik ist eine Addition: Wir haben es demnach mit den "Geistes- *und* Kulturwissenschaften" zu tun, wobei der Terminus 'Kulturwissenschaften' ein Einfallstor in Richtung Soziologie, Politologie und Psychoanalyse eröffnet, besonders nach dem sogenannten "linguistic turn". Historisch war der Begriff der Kulturwissenschaften ein kantianischer Gegenbegriff zu den Hegelschen und Diltheyschen Geisteswissenschaften.

Ein anders gelagerter philosophischer Zugang zog eine veränderte Designation nach sich. In der Folge wurde auch hier ein Prior gesehen, denn das Sprachlich-Zeichenhafte des Erkenntnisprozesses erlaubt einen quasi universellen Zugriff auf alle Wissensformen – so etwas glaubten etwa noch die Semiotiker in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts, wenn sie von der „Intelligibilität der Welt sprachen. Denn in den Artefakten menschlichen Daseins ließen sich auch die 'Zeichen der Zeit' erkennen.

Und schließlich finden wir eine dritte Addition "Die Geistes-, Sozial- *und* Kulturwissenschaften" (GSK). So werden heutzutage amtlich diejenigen Wissenschaften genannt, die nicht zu den 'harten' Wissenschaften zählen, welche wiederum auf einer wiederholbaren Erkenntnis objektiver Fakten beruhen würden. Die genannte Aneinanderreihung indiziert zudem, dass wir es hier mit einem Sammelbegriff zu tun haben, der keine begriffliche Schärfe hat; eine Sonstiges-Kategorie.

Wenn ein Wissensbereich begrifflich nicht gefasst werden kann, dann also funktional. Dieses Wissen, das in der Welt ist, spielt eine Rolle im großen Ganzen - und in dieser kann es benannt, gehandhabt, eingeschränkt oder gefördert werden. Mit dieser dritten Addition beschreibt etwa das zuständige österreichische Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung den Gegenstand seiner Aktivitäten. Dort heißt es, im momentan gültigen Jargon

der so genannten Wissensgesellschaften: "Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften: Das reflexive Wissen von Gesellschaften. Die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften bilden den wissenschaftlichen Rahmen für die Analyse von sozialen, politischen und kulturellen Herausforderungen und für die Lösung gesellschaftlicher Probleme und leisten gleichzeitig wichtige Beiträge für andere wissenschaftliche Bereiche, z.B. in der Reflexion über ethische Aspekte; darüber hinaus erbringen sie Transferleistungen von der Wissenschaft in die Gesellschaft." (BMWf 2007)

Vage bestimmt wird der Platz dieser Wissenschaften in der Gesellschaft: einen Rahmen bilden für die Analyse..., und für die Lösung gesellschaftlicher Probleme; wichtige Beiträge leisten für andere wissenschaftliche Bereiche. Da schaut jemand auf eine fiktive Sammlung der Wissenschaften und realisiert, was alles der Fall ist. Dann macht diese Person sich Gedanken darüber, welche davon wie 'der Gesellschaft' nützen könnten: Die GSK bilden einen Rahmen für Lösungen, nicht etwa, sie würden eine, oder verschiedene Lösungen anbieten, oder sie stellen ein kritisches Potential dar, wodurch Probleme als solche erst erkennbar würden.

Nein, die Probleme, die als solche in einer ganz anderen Zone bestünden („in der Gesellschaft“), würden in der wissenschaftlichen Reflexion nur *umfasst*. - Die Verkettung "*und... und*" offenbart hier eine Vielfalt des Gegenstandes und indiziert seine relative Bedeutungslosigkeit.

Diese Eingrenzung indes ist entstanden, sie wurde produziert im Verlaufe eines bis heute andauernden Prozesses institutioneller Reformen und von Umstrukturierungsmaßnahmen, auch im Feld dieser Additions-Wissenschaften. Der Gegenstand der nun folgenden Untersuchung ist es, diese Veränderungen am österreichischen Beispiel nachzuzeichnen, sie verstehbar zu machen sowie sie in ihrem epistemologischen Kontext zu verorten.

### **3. Österreich: Es sind keine weiteren Ausschreibungen mehr geplant**

Wer auf die Idee kommt, die Internetseite des österreichischen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung zu besuchen, der findet dort einen "Schwerpunktbereich GSK", also die genannten Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften. Hier gibt es Links zu weiteren Programmen: Das bereits genannte Programm über das reflexive Wissen von Gesellschaften, das im Übrigen nicht weiter spezifiziert wird, ein Graduiertenförderungsprogramm, ein Schwerpunkt zu Frauen in Forschung und Technologie sowie die Forschungsprogramme TRAFO und NODE. TRAFO (=transdisziplinäres Forschen) unterstützt Projekte zwischen Wissenschaft und sogenannter Praxis, im Rahmen von NODE beschäftigt man sich mit den neueren Entwicklungen von Demokratie.

Die beiden einzigen wirklichen Forschungsprogramme, die hier erwähnt werden, sind bereits abgeschlossen und es sind auch, so die Websites, keine weiteren Ausschreibungen mehr geplant. Faktisch existiert also kein einziges Forschungsprogramm, zumindest in der Verantwortung des zuständigen Ministeriums.

Dieses zeitgenössische Schlaglicht auf die Bedeutung der GSK aus der Sicht des Ministeriums illustriert ganz gut die Forschungssituation dieser Wissenschaften in Österreich. Auf der einen Seite ist Forschung auf diesen Gebieten aus dem Blickfeld des öffentlichen Diskurses geraten; die finanziellen Mittel wurden sukzessive gekürzt. Auf der anderen Seite wird ihre Rolle bestenfalls auf die einer technokratischen Ergänzung bzw. Abfederung der gesellschaftlichen Umwälzungsprozesse gesehen. Dergestalt kann alles reflektiert werden.

Diese symbolische und materielle Abwertung vielfältiger Wissensgebiete hat eine Vorgeschichte. In ihr wird auch der enorme ideologische Druck sichtbar werden, der auf die

Forschenden ausgeübt wird, nämlich zur „Wettbewerbsfähigkeit Österreichs“ beizutragen.<sup>3</sup> Mein Unterfangen wird gestützt durch Daten und Informationen aus dem Bericht über Forschung und Technologie aus den Jahren 2005, 2006 und 2007, den die Bundesregierung dem Parlament vorgelegt hatte. Diese Entwicklungen fallen zudem in die Zeit der alten politischen Konstellation, dem Bündnis zwischen der rechts-populistischen FPÖ/bzw. dem BZÖ und der liberal-konservativen ÖVP. Aber auch der Koalitionsvertrag der momentan herrschenden großen Koalition nennt den Bereich der GSK mit keinem einzigen Wort, obwohl er natürlich einen Abschnitt über Forschung und Universitäten enthält.

### **3.1. Projekte und Programme von 2004-2006**

Die Forschungsdokumentation Sozialwissenschaften „FODOS“ sammelt Informationen über österreichische Forschungsprojekte aus dem Bereich der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, die von ministerieller Seite gefördert wurden. Man kann diese Datenbank benutzen, indem man Projekte, Auftraggeber oder Projektnehmer abfragt. Diese sich noch im Aufbau befindliche Dokumentation enthält zwei Einträge über Projekte, die im Zeitraum 2004-2006 von der österreichischen Regierung gefördert werden, eines vom Bundeskanzleramt über die Wirtschaft der Türkei und ein weiteres des früheren Unterrichtsministeriums, in dem die österreichischen Beiträge zum sechsten Rahmenprogramm der EU evaluiert werden.

Laut österreichischem Forschungs- und Technologiebericht 2006, der von drei Bundesministerien herausgegeben wird, wurden Forschungsaktivitäten von „Sozial- und Geisteswissenschaften“ durch Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes im Jahr 2004 mit zusammengerechnet 57.768.043 € unterstützt, das sind insgesamt 21,2 Prozent der gesamten Summe (Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2006:199). In diesen Zahlen sind die sogenannten „großen Globalförderungen“, die an die großen Forschungsvergabeinstitutionen gehen, bereits enthalten.

Der gleiche Bericht für das Jahr 2007 weist hier einen deutlichen Rückgang und – damit verbunden – eine einschneidende Umstrukturierung der Ausgaben aus. Die Statistik, die sich auf das Jahr 2005 bezieht, weist nunmehr eine Summe von 44.794.189 € für Geistes- und Sozialwissenschaften aus, relational sind das nunmehr 11,7 Prozent (Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2007:170). Im Zeitraum von einem Jahr hingegen sind die Ausgaben zur Forschungsförderung im Bereich Technischer Wissenschaften von 24,4 Prozent (2004) auf 42,2 Prozent (2005) hochgeschneit.

Zugleich muss angemerkt werden, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften zu über 90 Prozent von der Unterstützung der öffentlichen Hand abhängen, worauf der Bericht des Jahres 2006 auch ausdrücklich hinweist. In den meisten Fällen sind sie vollständig von staatlichen Zuwendungen abhängig, während insbesondere die Technischen Wissenschaften auch auf private Geldquellen zur Forschungsförderung zurückgreifen können. (Vgl.: Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2006:80)

Eine weitere gute Adresse, um Daten zur Forschungsförderung im Bereich der GSK zu erhalten, ist die ausschließlich auf Englisch verfügbare Internetseite [www.appliedresearch.at](http://www.appliedresearch.at)

---

3 „Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung hat entsprechend seiner Empfehlung vom 3. Juli 2002 eine Arbeitsgruppe „Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften“ (GSK) eingesetzt. (...) Aufgabe der Arbeitsgruppe war, Vorschläge für Programme und Maßnahmen zu erarbeiten, die zur Erhöhung der Forschungsleistungen, zur Verbesserung der Qualität der GSK-Forschung und zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen.“ (Rat für Forschung und Technologieentwicklung 2003:1)

- ein vom Wirtschafts- und Arbeitsministerium sowie vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung ins Leben gerufener Internetkatalog, der angewandte, außeruniversitäre Forschung und die Institutionen verzeichnet, die diese betreiben. Er listet Projekte und Institutionen in 12 Kategorien auf, darunter befindet sich auch die Kategorie „Social Economy and Cultural Sciences“. Approximativ deckt diese Kategorie die GSK ab, auch wenn diese Bezeichnung nicht gerade darauf hindeutet, dass die Autoren mit einer klaren Definition gearbeitet haben. „Soziale Ökonomie“ meint in den Wirtschaftswissenschaften einen Sektor, der ehrenamtliche und nicht-profitorientierte Aktivitäten umfasst. Werden die Kulturwissenschaften – mit dem Konnektor 'und' logisch gleichgesetzt - so verstanden, dass sie zur sozialen Ökonomie beitragen würden, oder dass sie gar ein Teil dessen seien?

Wie auch immer, die Kategorie enthält 31 Einträge über Programme und Institutionen, die sich in diesem Katalog in Form kurzer Texte und Stichworten präsentieren. Um einen Überblick der Forschungsaktivitäten zu bekommen, habe ich die von den freien Forschungsinstitutionen erstellten Informationen geclustert. Daraus ergibt sich die folgende Tabelle:

**Tabelle 1. Sozialwissenschaften, Selbstdarstellung freier Forschungsinstitutionen und Projekte**

economy	soc.techn	security	environm	law	migration	culture	modell	knowledge
3	20	2	1	1	2	1	1	1
politics	work/lab	technol.	science	arts	innov.	region	trans.nat	gender
4	2	2	1	1	2	2	1	1

(Quelle: [www.appliedresearch.at](http://www.appliedresearch.at))

Index: **economy**: economy/business, **soc.techn**: social technology, **sociology** (meist: „social trends and structural changes“), **security**: security, conflict resolution, **environm**: environment, sustainability, **law**: law, human rights, **migration**: migration, **culture**: culture, cultural development, **modell**: modelling of social structures and networks, **knowledge**: knowledge, **politics**: politics, policy, **work/lab**: work, labour, **technol**: technology, **science**: science in general, **arts**: arts, **innov.**: innovation, **region**: regional research, **trans.nat**: trans-national, **gender**: gender issues

Nun kann man die Verteilung der Cluster sicherlich im Detail diskutieren, die Aussage dieser Tabelle wird aber eindeutig bleiben: Diese Forschungsinstitutionen und Projekte ordnen sich mehrheitlich dem Bereich der sozialen Technologien zu, die damit nicht nur zum 'Herzen' der außeruniversitären Forschung werden; auf diese Weise wird auch auf eindeutige Weise der seltsame Signifikant Soziale Ökonomie/Kulturwissenschaften interpretiert.

Nach diesem einführenden Überblick sollen nunmehr die wichtigsten, von Seiten des Staates aufgelegten GSK-Forschungsprogramme dargestellt werden.

### 3.2 NODE (2002-2006)

Von 2002 bis 2006 hat das damalige Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur das NODE-Programm initiiert (New Orientations for democracy in Europe). Dieses Programm ist deshalb besonders interessant, weil es vom Rat für Forschung und

Technologieentwicklung anempfohlen worden war (zu den Ratsempfehlungen, siehe unten) . Das Ziel des Programms liegt darin, die Veränderungen demokratischer Strukturen und Verfahren in Europa zu reflektieren. Im O-Ton: „Das Forschungsprogramm >node< (New Orientations for Democracy in Europe) des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (bmwf) rückt den Europäischen Integrationsprozess ins Zentrum wissenschaftlicher Beobachtung und Analyse. In Bezug auf die Europäische Union stehen dabei Fragen nach den Realisierungschancen der modernen Demokratie und den vielfältigen möglichen TrägerInnen des europäischen Demokratieprozesses im Vordergrund. >node< lädt WissenschaftlerInnen ein, Demokratie neu zu denken, politische Entwicklungen, Prozesse und Steuerungsmechanismen zu analysieren und Alternativen zu erarbeiten.“ (NODE 2007) Um dies zu leisten, war NODE in einem Zeitraum von 5 Jahren mit insgesamt 5,8 Millionen Euro ausgestattet, die an insgesamt 30 Forschungsteams mit mindestens 85 Forschenden<sup>4</sup> verteilt worden sind, die wiederum im Verlauf von drei Calls durch externe Gutachter ausgewählt worden waren. Einer der drei Calls war dabei ausschließlich jungen Forscherinnen gewidmet, die erste NODE-Ausschreibung löste etwa 120 Einsendungen aus. Thematisch gruppieren sich die beauftragten Projekte um den Beitrag sozialer Bewegungen zur Demokratieentwicklung (etwa zu Attac und zu neuen urbanen Protestformationen), um Governance (etwa zu Governace, Territorialität und Europäisierung, zum E-Government, zur Anti-Diskriminierungspolitik der EU und weitere) und um den Wohlfahrtsstaat (etwa zu Partizipationsformen in Klein- und Mittelbetrieben, zum Dritten Sektor und zur Markteffizienz). Den zahlenmäßigen Schwerpunkt der Projekte bildet dabei die Governance-Forschung. Im Jahr 2007 wird das Programm von einem internationalen Team evaluiert, es wurde geschlossen – auch hier gibt die Homepage die Auskunft, dass keine weiteren Ausschreibungen geplant seien.

### **3.3. Kulturlandschaftsforschung (1992-2003), jetzt: ProVISION**

Die österreichische Kulturlandschaftsforschung war das größte interdisziplinäre Forschungsprogramm in Österreich der vergangenen 20 Jahre. 17,3 Millionen € wurden dafür im Zeitraum von 1992-2003 zur Verfügung gestellt. Es wird an dieser Stelle erwähnt, auch wenn es kein explizites GSK-Programm ist, aber tatsächlich eine markant hohe Zahl an Projektmitgliedern aus dem drei Disziplinen aufweist. Auch wurde im Rahmen dieses Programms versucht, das naturwissenschaftlich-technische Paradigma für Ökologie und Umwelt aufzugeben, was bereits der Titel KULTURLandschaftsforschung andeutet. Aber, in der englischen Übersetzung des Programms hat sich eine interessante Verschiebung ereignet, die doch bedeutsam ist. Auf Englisch lautet das Programm AUSTRIAN Landscape Research, was heißt, dass Kultur schlankweg mit Österreich 'übersetzt' wird – eine sichtbare ideologische Verschiebung, die vielleicht durch die Furcht erklärt werden kann, einen alternativen Zugang zu Umweltfragen auch theoretisch zu begründen. Die Kulturlandschaftsforschung haben etwa 500 Forschende in 170 Institutionen, aufgeteilt auf 70 Forschungsmodule bzw. Projekte betrieben. Davon haben 229 Forschende, also rund 50 Prozent, einen Hintergrund aus den GSK-Wissenschaften (siehe: Tabelle2). Doch ist diese Forschungsinitiative, die einen vergleichsweise offenen Zugang zur Umweltforschung angeboten hat, mittlerweile durch das Programm proVISION ersetzt.

Das Nachfolgeprogramm ProVision wurde mit der Ausrichtung auf Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung aufgelegt, wo praktikable Lösungen für die drängenden Probleme

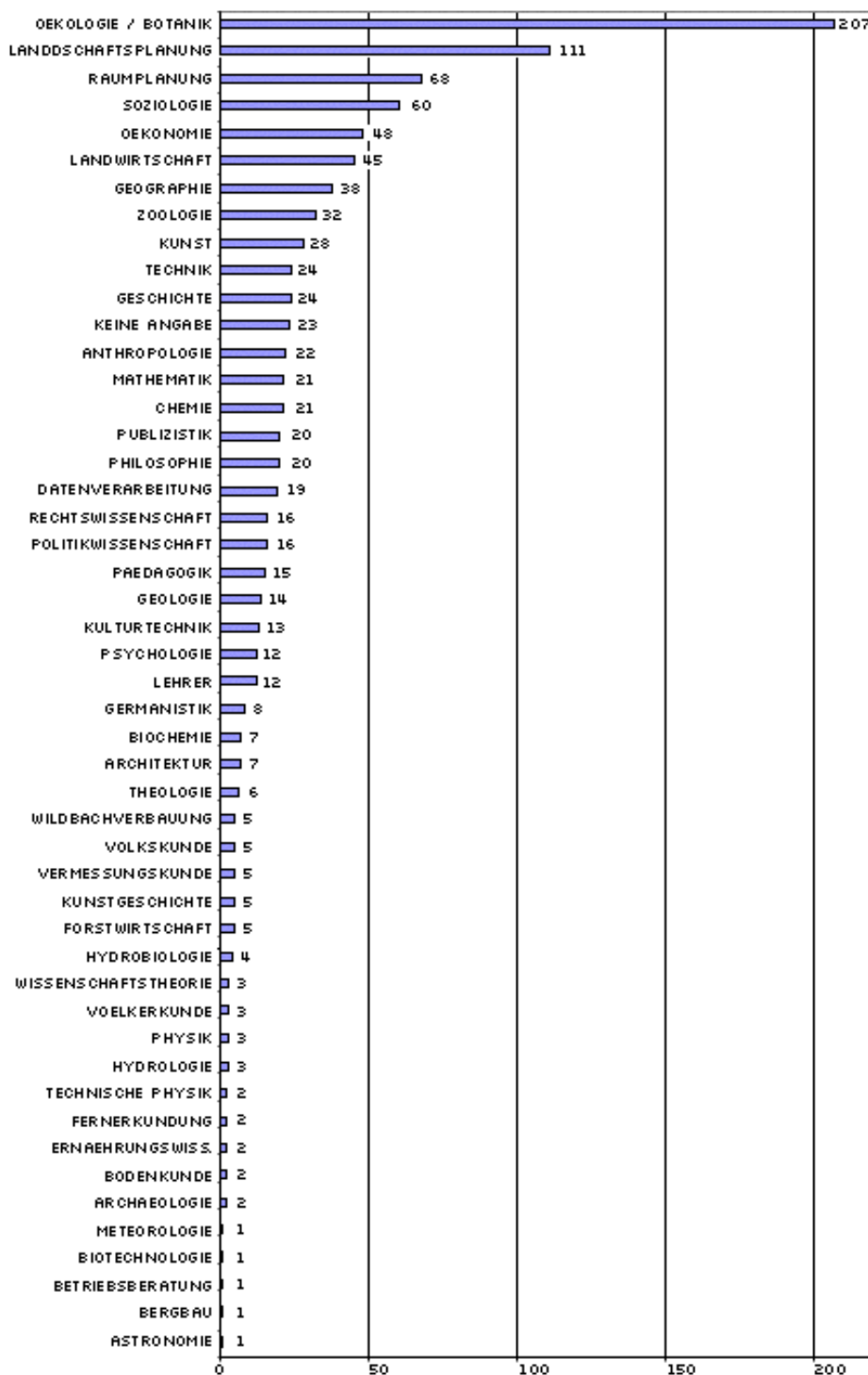
---

4 Zählung aufgrund der Angaben der Projekte, wobei in einigen Fällen nur ein Institut mit einem Kontakt angegeben wurde. Real dürften es also eher mehr Personen gewesen sein.

nachgefragt werden. Die jüngste Ausschreibung ist folgerichtig dem Thema „Klimaschutz und Klimawandel“ gewidmet.

„Forschung für nachhaltige Entwicklung will im Sinne der "doppelten Dividende" die Lebens- und Umweltbedingungen verbessern und zugleich die *Wettbewerbschancen für Wissenschaft und Wirtschaft* erhöhen. Auch richtungweisende Beiträge zur Forschungs- und

**Tabelle 2: Disziplinärer Hintergrund der Forschenden im Rahmen der Kulturlandschaftsforschung**



(Quelle: <http://www.klf.at/html/extra/eckdaten.html>)

Wirtschaftspolitik werden angestrebt.“ (proVISION-Ausschreibung 2007, Hervorhebung - SR) Und weiter: „proVISION Projekte sind handlungsorientiert, berücksichtigen die ethische Dimension und setzen partizipative Verfahren ein. Das Programm etabliert langfristige Kooperationen »Wissenschaft und Praxis«, die Problemlösungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen; es entwirft Modelle für die Zusammenarbeit zwischen Forschungs- und Bildungsinstitutionen, und es verwirklicht Chancengerechtigkeit für Männer und Frauen.“ (proVISION-Mission 2007)

Das Programm steht eigentlich erst jetzt in der ersten richtigen Praxisphase, nach einem lang andauernden Diskussions- und Adaptierungsprozess mit und innerhalb des österreichischen Rates für Forschung und Technologieentwicklung, der in einer ersten Entscheidung die vom Ministerium vorgeschlagene Nachfolge für die Kulturlandschaftsforschung abgelehnt hatte.

### 3.4. TRAF0

Ein neuer Begriff prägt die Forschungsprogrammssprache in Österreich: Transdisziplinarität. Welcher Sozialforscher oder welche Sozialforscherin würde nicht davon träumen, die Grenzen der methodisch-strengen soziologischen Herangehensweise zu überschreiten und sich dem 'wirklichen' Leben zu stellen? Mit wirklichen Menschen zu diskutieren, und zur Lösung ihrer Probleme – im Dialog, natürlich - beizutragen?

Doch nun, das zeigen die Spots auf proVISION, werden auch Ingenieure, Chemikerinnen oder Physikexperten dazu angehalten, „transdisziplinär“ zu arbeiten. Anders als im Soziologentraum bedeutet das für das Ministerium, den Wissenschaften eine Praxistauglichkeitshürde vorzulegen: nicht mehr die wissenschaftsinterne Falsifikation, oder ein Wahrheitsanspruch, abgeleitet aus einer korrekten Erkenntnisprozedur, entscheidet, sondern der Praxistest. Dies zeigt etwa das Forschungsprogramm TRAF0:

„Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften spielen in der entstehenden Wissens- und Lerngesellschaft eine zentrale Rolle: komplexe gesellschaftliche Herausforderungen lassen sich nicht mit dem Wissen und den Methoden einzelner Disziplinen lösen, sondern nur in ihrem Zusammenwirken.

Zu spezifischen Problemstellungen bringen Betroffene oft ebenso wichtige Aspekte ein wie Wissenschaftler/innen. Transdisziplinäre Forschung bedeutet daher auch, unterschiedliche Gruppen der „Zivilgesellschaft“ als potentielle Nutzer/innen von Forschungsergebnissen in Forschungsprozesse mit einzubeziehen“ (TRAF0 2007)

Hier wird die Kooperation von Wissenschaft und Praxis mit dem Stichwort der „Zivilgesellschaft“ konkretisiert, die als „potentielle Nutzerinnen“ der Forschungsergebnisse UND als virtuelle Forscherinnen eingeführt werden. Im Unterschied zu proVISION wird allerdings festgestellt, dass Transdisziplinarität – eines der bewegenden Prinzipien von proVISION – noch gar keine festen Methoden und Verfahrensweise aufweist. Das Programm möchte demnach Grundlagenforschung anreizen.

Dafür wurde es mit 3,4 Millionen Euro ausgestattet, 12 Projekte sind gefördert worden. Sie decken ein weites Spektrum ab, aber es lässt sich ein spezieller Fokus auf soziale Fragen ausmachen (beispielsweise bei den Projekten zu „ethischen Entscheidungen im Alten- und Krankenpflegebereich“, „MitarbeiterInnengesundheit im Spital“, „das EU-Sozialrecht in Zentral- und Südosteuropa“ oder „das Bildnis einer behinderten Mannes“). Zwei außeruniversitäre Forschungseinrichtungen führten beinahe die Hälfte der Projekte durch: das IFF und das Institut für Höhere Studien (IHS).

Das IFF hat zwar einen universitären Hintergrund (es ist institutionell angebunden an die

Universität Klagenfurt), doch hat es ebenso ein Standbein in den sozialen Bewegungen. Das IHS ist staatsnah: ein Drittel des Institutsbudgets wird nach eigenen Angaben durch Auftragsforschung erbracht, der restliche Teil wird durch Zuschüsse von Ministerien, der Nationalbank, des Wiener Magistrats und anderer Institutionen erworben.

Die Mission von TRAFÖ ist – recht bald nach ihrem Start -. bereits beendet. Auf der Homepage erscheint der bekannte Satz, dass keine weiteren Ausschreibungen geplant seien.

### **3.5 ASO – Austrian Science and Research Liaison Offices Ljubljana und Sofia**

ASO wird in diesem Zusammenhang deshalb erwähnt, weil es, neben proVIOSION, das ja eine andere Ausrichtung bekommen hat, das einzige Programm ist, das die Forschungslandschaft der GSK belebt. Die ASO-Büros werden vom österreichischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung finanziell unterstützt. Es hat sich zum Ziel gesetzt, Forschungsnetzwerke in Südosteuropa mit österreichischer Hilfe und Beteiligung zu initiieren.

Als Antwort auf die 2005-Ausschreibung (für die ein Partner aus Österreich, einer aus Slowenien oder Bulgarien und mindestens ein Partner aus anderen südosteuropäischen Ländern benötigt wurde) wurden 40 Vorschläge eingereicht. Sie enthalten Beiträge von 159 Institutionen, davon wurden 10 Projekte bewilligt.

## **4. Ein Rückblick: Empfehlungen von Experten 2002 und 2003**

Programme kommen und gehen – es stellt sich die Frage, warum dies so ist. Aus den analysierten Schwerpunkten lässt sich keine Konstanz erkennen, vielmehr wird sich an europaweit zugkräftigen Themenstellungen orientiert, und diese auf Österreich umgelegt. Nach zwei bis drei Jahren hat sich so etwas erschöpft und ein neues Schlagwortprogramm wird aufgelegt.

Die Forschungsszenarie in Europa wandelt sich, und das wirkt sich direkt auf Österreich aus. Die Triebkräfte bei diesen Prozessen sind immer Regierungsentscheidungen (nationaler Ministerien und/oder der EU-Kommission), selbstverständlich nicht nur im Falle der GSK. Der wissenschaftliche Sektor wird belagert von Slogans wie „Exzellenz“, „Elite“, „Best-Practice“, „Inter- oder Transdisziplinarität“, „Innovation“ und „Wettbewerb“. Der juristische Status der Universitäten ist geändert, private Universitäten und Fachhochschulen entstehen, wodurch nicht nur die Forschenden sondern auch die Universitäten tatsächlich einem ständigen Wettbewerb unterworfen sind. Ranglisten und Publikationspunkte sind das symbolische Kleingeld, das es anzuhäufen gilt.

Wie dies entstanden ist - und welche anderen Optionen dabei verworfen wurden - lässt sich im österreichischen Fall gut nachzeichnen.

Die Hauptakteur dieser Umstrukturierungen der nationalen Forschungspolitik ist der österreichische Rat für Forschung und Technologieentwicklung. Er ist relativ jung, denn er wurde im Jahr 2000 von der damaligen schwarz-blauen Koalitionsregierung aus ÖVP und FPÖ gegründet. „Mit den Anpassungen des Forschungsorganisationsgesetzes und des Forschungs- und Technologieförderungsgesetzes (FTFG) an die Pläne der Bundesregierung für die Jahre 2000 - 2004 ist die gesetzliche Grundlage für die Einrichtung eines alle bisherigen 'Räte' ablösenden 'Rates' für Forschung und Technologieentwicklung auf der Ebene des Bundes geschaffen worden. Er wird die Bundesregierung, nach Wunsch auch einzelne Bundesministerien und Länder, systematisch in allen Fragen der Forschungs- und Technologiepolitik und deren Umsetzungsmaßnahmen beraten. Der Rat soll eine Forschungsstrategie für Österreich und Richtlinien für Schwerpunktsetzungen erarbeiten. Österreich wird damit wieder in das Netzwerk gleichartiger Räte in Europa einbezogen sein.“

(BMBWK 2000)

Ein Kerngedanke bei der Einrichtung dieses Rates war es also, Entscheidungen bezüglich der Forschungspolitik Österreichs zu zentralisieren (er ist ein „alle bisherigen „Räte“ ablösender Rat) und somit die strategischen Planungen zu koordinieren (er wird „systematisch ... beraten“ und soll eine „Forschungsstrategie ... erarbeiten“).

Dennoch existierten parallel – oder zusätzlich dazu – Überlegungen zur Forschungsförderung im Bereich gesellschaftsbezogener Forschung. Hans Pechar, Ada Pellart und Kolleginnen haben 2002 in einem Pilotprojekt ein forschungspolitisches Monitoring vorgeschlagen.

#### **4.1. Forschungspolitisches Monitoring im Bereich der gesellschaftsbezogenen Forschung (2002)**

Die Vorschläge von Pechar et.al, die sie aufgrund von Vergleichsstudien mit anderen europäischen Ländern erarbeitet hatten, bezogen sich insbesondere auf die Durchführung von Ausschreibungen. Dabei schwebten ihnen Kooperationen zwischen dem universitären und dem nicht-universitären Sektor vor, gesteuert von dem für Wissenschaften zuständigen Ministerium.

Sie wiesen darauf hin, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der beginnenden Universitätsreform einerseits und Forschungspolitik andererseits gibt. Veränderungen im Dienstrecht und der Zwang zu unternehmerischem Denken bei Forschungsgruppen würde die starke Trennung zwischen den Forschenden „drinnen“ und denen „draußen“ verwischen lassen. Daher ist für sie eine verbesserte Kooperation zwischen universitären und außer-universitären Forschungseinrichtungen angezeigt.

„Das österreichische Wissenschaftsministerium, insbesondere die Abteilung für gesellschaftsbezogene Forschung, sollte die Rolle einer strategisch-steuernenden Forschungsförderungseinrichtung einnehmen und sich dann auf eine Art „Metaebene“ der Forschungsförderung konzentrieren. Die operative Forschungsförderung sollte eine spezielle (...) Einrichtung übernehmen.“ (Pechar et.al 2002:257) Dabei sollte das Ministerium nicht die Inhalte diktieren, sondern beispielsweise über Ideenwettbewerbe mit NGO\_Unterstützung zu zeitgerechten Forschungsprogrammen und -zielen kommen.

Trotz der damals vor kurzem erfolgten Gründung des Rates für Forschung und Technologieentwicklung und dessen Auftrag zur Zentralisierung der Forschungspolitik konstatierten die Autoren, dass die Forschungslandschaft in diesem Bereich in Österreich „zersplittert und unübersichtlich“ (Pechar et.al 2002: 255) ist. Generell schlagen sie vor, 'fokussierte' Forschungsprogramme der gesellschaftsbezogenen Wissenschaften aufzulegen und Kompetenzen zu bündeln, aber sie betonen auch, dass die durch die Zersplitterung gewachsene Vielfalt dabei nicht grundlegend beschnitten werden sollte, also: Klare forschungspolitische Vorgaben einerseits, Pluralität der Zugänge und Fragestellungen sollte andererseits bestehen bleiben, zum Beispiel durch die Einrichtung 'kleiner' und 'großer' Forschungsprogramme.

So forderten sie beispielsweise, es sollte zwischen mehr an theoretischen Fragestellungen orientierten Programmen (wie der damalige Schwerpunkt 'Cultural Studies') und eher strategisch ausgerichteten Fragestellungen klar unterschieden werden und die Ausschreibungen sollten entsprechend transparent ablaufen.

Ferner schlugen sie vor, die Informationssysteme für die Sozialwissenschaften zu verbessern und eine Landkarte der GSK-Wissenschaften in Österreich zu erstellen, um damit den IST-Zustand genau zu erheben und abzubilden.

## 4.2. Empfehlungen des Rates für Forschung und Technologieentwicklung (September 2003)

2003 hat dann der neu geschaffene Rat seine Empfehlungen für die Geistes- und Kulturwissenschaften veröffentlicht. Zwei generelle Richtlinien sind nach Meinung des Rates in Zukunft zu beachten: Die Ausbildung der Promovierenden und zusätzliche finanzielle Unterstützung für neue Forschungsvorhaben, um die Forschung außerhalb der Universitäten zu stärken (!) mit dem Ziel, Forschungsnetzwerke zu knüpfen. „Das Programm: „Demokratieentwicklung im europäischen Integrationsprozess“ („New Orientations for Democracy in Europe“/ NODE) ist das derzeit einzige laufende Schwerpunktprogramm, dessen Anfangsphase auf Empfehlung des Rates aus F&E-Sondermitteln finanziert wurde. In vergleichbaren europäischen Ländern wie Dänemark, Finnland, Niederlande, Schweden, Schweiz oder Norwegen laufen mehrere Schwerpunktprogramme parallel; in Österreich besteht hier Aufholbedarf.“ (Rat für Forschung und Technologieentwicklung 2003:6)

In den Empfehlungen des Rates wird eigens erwähnt, dass die außeruniversitäre Forschung behindert ist, da es an materiellen und immateriellen Ressourcen mangelt. Dies würde ihre Position im europäischen Konkurrenzkampf um Anerkennung und Drittmittel schwächen, insbesondere bei der Beteiligung an EU-Ausschreibungen. Um das zu ändern, schlägt der Rat vor, ausgewählten Institutionen eine Basisfinanzierung von drei Jahren zu gewähren und das „Humankapital“ innerhalb dieser Institutionen weiter zu entwickeln. Dies gelte besonders für Frauen, die zu wenig in der Forschungslandschaft repräsentiert sind.

Neben dieser notwendigen Schwerpunktsetzung liegt dem Rat die Nachwuchsförderung am Herzen: „Das DoktorandInnenprogramm stellt den Kern der Qualitätsoffensive in den GSK dar und soll rasch etabliert werden.“ (Rat für Forschung und Technologieentwicklung 2003:4) Österreichische Absolventen haben im europäischen Vergleich ein zu geringes Basiswissen, weil sie sich zu früh spezialisieren, sie weisen überdies einen Mangel an Teamfähigkeit auf, und sie können sich schlecht verkaufen.

Den Geisteswissenschaften wird in den Empfehlungen die Rolle zugeordnet, das „kulturelle und wissenschaftliche Erbe“ zu *sammeln*, zu *dokumentieren* und *aufzuarbeiten*. Hier bestehen Defizite. „In den Geisteswissenschaften besteht großer Bedarf an langfristigen Projekten im Bereich der Sammlung, Dokumentation und Aufarbeitung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes. Hier ist eine Grundsatzentscheidung erforderlich, in welchem Ausmaß Bestände aufgearbeitet werden sollen und damit die Basis für eine inhaltliche Vertiefung und Ausweitung der Forschung geschaffen wird.“ (Rat für Forschung und Technologieentwicklung 2003:3)

In seinem jährlichen Bericht aus dem Jahr 2005 bekräftigt der Rat seine Empfehlungen aus 2003 nochmals. Die Bemerkungen zu den GSK machen 13 Zeilen eines 40-seitigen Textes aus. Im Lagebericht 2007 – praktisch der Forschungs- und Technologiebericht für 2007 - der nach den Wahlen neu gebildeten Bundesministerien Wissenschaft und Forschung, Verkehr, Innovation und Technologie sowie Wirtschaft und Arbeit tauchen Kulturwissenschaften unter der Überschrift „missionsorientierte F&E-Programme“ auf. Es heißt dort: „Gemeinsam haben alle missionsorientierten F&E-Programme, dass überwiegend angewandte interdisziplinäre oder transdisziplinäre F&E-Projekte gefördert werden. Besonders auf transdisziplinäre Projektkooperation wird Wert gelegt, um einen möglichst unmittelbaren Transfer der Forschungsergebnisse in die Praxis zu erreichen. Transdisziplinäre Forschungsprojekte gelten zudem per se als Möglichkeit, Impulse in sozialen Systemen zu setzen und damit erwünschte

Veränderungen herbeizuführen. Dieser Forschungsansatz wurde in den vergangenen Jahren mit missionsorientierten F&E-Förderprogrammen besonders unterstützt. Im Rahmen der Qualitätsoffensive Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften wurde ein eigenes thematisches Förderprogramm „Transdisziplinäres Forschen“ (TRAFO) etabliert, in welchem Forschungsvorhaben gefördert wurden, die transdisziplinäre Forschungsprozesse an sich ins Zentrum der wissenschaftlichen Analyse stellten“ (Forschungs- und Technologiebericht 2007:86)

Bemerkenswert ist hier nicht nur, dass ein nach kurzer Laufzeit eingestellter Forschungsschwerpunkt als Hinweis auf die Relevanz der GSK angeführt wird, sondern auch, dass wieder ein neues Label – wortwörtlich aus dem englischen 'übersetzt': „mission oriented programm“ – Verwendung findet, um diese Wissenschaften zu rubrizieren. Sie werden auf eine nicht näher erläuterte „Praxistauglichkeit“ verwiesen. Grundlagenforschung, Theoriebildung, kritische Begriffsbildung, kritische Interventionen – all dies scheint kein Thema österreichischer Forschungsförderung im Bereich der GSK zu sein, obwohl es unbestreitbar eine Eigenart der genannten Wissenschaften ist, und eines ihrer Stärken sein könnte. Da mag es kaum mehr verwundern, dass die im August 2007 erschienene Exzellenzstrategie des Rates die GSK-Wissenschaften mit keinem Wort erwähnt. Sie sind nicht exzellenzfähig.

Alle mir vorliegenden Daten und Fakten belegen, dass sogar diesen Empfehlungen des Rates aus 2003 nur selektiv gefolgt wurde. Zwei mittlerweile eingestellte Forschungsprogramme haben die GSK-Landschaft kaum verändert und auch das gesteckte Ziel, wie etwa Netzwerke zu bilden, wurde damit kaum erreicht. Im erwähnten TRAFO-Programm decken zwei Institute die Mehrheit der Projekte ab. Die Ausschreibungskriterien bevorzugen oftmals große Institutionen und erschweren Forschernetzwerken den Zugang zu den Mitteln. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass eine Evaluierung der Umsetzung der Empfehlungen des Rates bislang nicht stattgefunden hat, entgegen der sonstigen Meinung des Rates, nach der Forschungsevaluierung besonders wichtig ist.

Die österreichische Forschungs- und Technologieentwicklung findet praktisch neben den GSK-Wissenschaften statt, und zwar im Bereich der Bio- und Technikwissenschaften.

## **5. Forschungsförderungsfonds**

Nicht nur mit dem Rat für Forschung und Technologieentwicklung wurde ein zentrales Steuerungsinstrument geschaffen, um die Forschungslandschaft Österreichs zu verändern, auch die Forschungsförderung ist grundlegend umgearbeitet worden. Ein Prozess, der keinesfalls abgeschlossen ist. So wurde auch 2003 eine Nationalstiftung geschaffen, deren Ausgaben durch die Empfehlungen des Rates gesteuert werden. Auf dieser Basis jedoch operiert der FWF, der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, der aus Mitteln der Nationalstiftung finanziert wird .

### **5.1. Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF)**

„Der FWF - Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung - ist Österreichs zentrale Einrichtung zur Förderung der Grundlagenforschung. Er ist allen Wissenschaften in gleicher Weise verpflichtet und orientiert sich in seiner Tätigkeit ausschließlich an den Maßstäben der internationalen Scientific Community.“ (FWF 2007)

Als seine Aufgaben nennt der Fonds die Förderung wissenschaftlicher Forschung von „hoher Qualität“, die Förderung von Bildung und Ausbildung durch Forschung, besonders junger

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die „Förderung von Wissenschaftskultur und Wissenstransfer durch den Austausch zwischen Wissenschaft und anderen Bereichen der Gesellschaft“ und „Öffentlichkeitsarbeit für wissenschaftliche Forschung“ (FWF 2007).

Jedoch stützen die Zahlen diese Selbstdarstellung nur teilweise. Denn die Unterstützung für Sozialwissenschaften ist im Zeitraum 2002-2005 deutlich heruntergefahren worden, während die Ausgaben für Humanmedizin und Geisteswissenschaften angestiegen sind.

**Tabelle 3: FWF-Bewilligungen nach Wissenschaftsdisziplinen**

	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Naturwissens.	57,7 € / 57,87%	61,62 € / 57,79%	62,32 € / 57,77%	78,91 / 57,79%
Humanmedizin	15,08 € / 15,16 %	<b>18,51 € / 17,36 %</b>	<b>19,64 € / 18,20 %</b>	<b>24,24 / 17,75%</b>
Sozialwissens.	7,06 € / 7,09 %	<b>7,06 € / 6,62 %</b>	<b>4,92 € / 4,56%</b>	<b>7,06 € / 5,17%</b>
Geisteswissens.	12,82 € / 12,89 %	<b>13,54 € / 12,7 %</b>	<b>15,92 % / 14,76%</b>	<b>19,05 € / 13,95%</b>

(Angaben in Millionen €; Quelle: FWF-Diskussionspapier zur Situation und Problemlagen der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK) 2006; die Angaben für die Technischen Wissenschaften und für Land- und Forstwirtschaft wurden ausgelassen)

Die Zahlen für 2003 sind insofern ein markanter Ausgangswert, weil hier die Gründung der Nationalstiftung erfolgte und der Rat seine Empfehlungen bekannt gemacht hat. In einem Diskussionspapier zur „Situation und Problemlage der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK)“ wird seitens des FWF erläutert, dass diese Werte im internationalen Vergleich gut seien. Die prozentuale Diskrepanz seitens der Sozialwissenschaften erkläre sich daraus, dass sie stärker im internationalen Wettbewerb stünden und dass sie „höhere Förderungen von den Bundesministerien, der OeNB [Österreichischen Nationalbank] oder von der EU lukrieren würden (FWF-Diskussionspapier 2006:2), die Geisteswissenschaften hingegen sind „im Wesentlichen von den Förderungen des FWF abhängig.“ (Ebenda)

Ein Vergleich mit der Forschungsförderung in Deutschland, den ich beispielhaft versucht habe, ist wegen der föderalen Struktur des Landes schwierig. Hier kommt es neben den Mitteln aus der DFG (hier liegen die GSK insgesamt bei etwa 14,5 % Anteil) auch auf andere, regionale Förderungen an. Beispielsweise belaufen sich die Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen im Jahr 2003 auf insgesamt rund 280 Millionen Euro. Doch auch in Deutschland ist die Situation nicht zufriedenstellend. Im Bundestag hat die regierende Koalition aus CDU und SPD daher Anfangs des Jahres einen Antrag eingebracht, um die Situation der GSK zu verbessern (Vgl. Drucksache 16/161).<sup>5</sup>

5 Darin heißt es unter anderem: „Allerdings birgt die Verschärfung des Wettbewerbs um öffentliche Mittel die Gefahr, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften gegenüber den als expansiv erlebten Natur- und Ingenieurwissenschaften benachteiligt werden. Eine Ausrichtung der Förderung alleine an Drittmittelquoten wird den Geistes- und Sozialwissenschaften nicht gerecht. Gerade die geisteswissenschaftliche Forschung ist oft langfristig angelegt, was kurzfristigem Renditedenken entgegenläuft. Des Weiteren sind die Bedeutung und der wissenschaftliche Nutzen der individuellen Forschung zu beachten. Darum müssen neben quantitativen auch qualitative Leistungskriterien gelten.“ (Drucksache 16/161:2)

Die österreichischen Vergleichszahlen aus der Tabelle 3 sollten allerdings relativiert werden. Denn den Ingenieur- und Naturwissenschaften stehen noch weitere Finanzquellen zur Verfügung: Die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft – laut Homepage die „zentrale Institution zur Förderung von Forschung, Technologie und Innovation im Bereich der anwendungsorientierten Forschung“ - hat alleine im Jahr 2005 rund 50 Millionen Euro für ihre Strukturprogramme ausgegeben. Thematische Programme wurden mit Unterstützung durch 113.589.837 Euro bedacht – dies alles betrifft natürlich die GSK nicht. Sie können lediglich auf den (verbliebenen) Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank zurückgreifen, der vergleichsweise gering ausgestattet ist.

## **5.2. Nationalstiftung für Forschung Technologie und Entwicklung**

Auch in Bezug auf die Forschungsförderung ist eine zentrale Institution geschaffen worden, die vorher bestehende Strukturen ersetzt hat. Am 30. Dezember 2003 ist per Gesetz die Nationalstiftung für Forschung- und Entwicklung ins Leben gerufen worden. Ein Großteil des Jubiläumsfonds der Nationalbank wird seit 2003 dorthin überwiesen. Zum einen wurden Rücklagen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro aufgelöst und veranlagt; daraus werden jährlich bis zu 75 Millionen an die Nationalstiftung überwiesen, die Nationalbank bekommt dafür ein Mitwirkungsrecht. Trotzdem besteht weiterhin die Möglichkeit, sozial- und geisteswissenschaftliche Projekte vom Jubiläumsfonds fördern zu lassen. Die Nationalstiftung stellt jährlich zwischen 100 und 125 Millionen Euro Forschungsmittel zur Verfügung.

Hier möchte ich einen Vergleich der staatlichen Zuwendungen für den Bereich Forschung und Entwicklung anstellen. Von EuroStat werden die im Haushalt vorgesehenen Mittel gemessen, demnach hat sich der Index für Österreich von 0.6418 im Jahr 2003 auf 0.6396 im Jahr 2006 entwickelt. Die Ziffer bezieht sich auf den Anteil am Bruttoinlandsprodukt. In Deutschland sehen die Werte etwas besser aus: Von 0.7910 in 2003 bis 0.7684 für 2005. Der EU-27 Durchschnitt liegt übrigens bei 0.7596 im Jahr 2003 und bei 0.7422 für 2005. (EuroStat 2007) Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben insgesamt (also nicht nur des Bundeshaushalts), so wird immer wieder betont, sollen sich am Ziel von 3 Prozent orientieren. Für 2007 werden etwa 2.5 Prozent geschätzt.

## **6. Kritische Massen**

Die Analyse der kompetitiven Forschungsförderung für die GSK in Österreich scheint einer rein an dem Wohl dieser Disziplinen orientierten Kritik viele Argumente an die Hand zu geben. Wir können – nicht nur in Österreich – eine Schritt für Schritt-Abwertung dieser Wissenschaften beobachten, nicht nur hinsichtlich ihrer finanziellen Ausstattung, sondern auch – und vielleicht einschneidender auf lange Sicht – eine Abwertung ihrer Bedeutung im Bereich des Wissens.

Somit komme ich in diesem Punkt zu einem anderen Ergebnis als Klaus Zinöcker und Mitautoren. In ihrer auf statistischen Angaben basierenden Analyse „Five Myths about Funding Scientific Research (in Austria)“ (Zinöcker, Glanz, Tempelmaier, Dinges 2006) meinen sie unter anderem den „Mythos“ zu entkräften, dass die GSK-Wissenschaften vernachlässigt werden würden. Dabei gehen sie ausdrücklich auf das hier untersuchte „competitive funding“ ein. Als einer der Belege gilt eine Tabelle, die die Bewilligungen des FWF dokumentiert. (Vgl. Tabelle 4).

Die Autoren merken dazu an, dass Projekte aus dem Bereich der GSK im Allgemeinen 'billiger' seien. Durchschnittlich würden 150.000 Euro beantragt, während Medizin und

Naturwissenschaften 210.000 Euro einplanen. Für den Zeitraum bis 2003 lässt sich hier keine systematische Benachteiligung durch den FWF erkennen. Leider haben die Autoren dieser Studie weitere, ins Detail gehende Untersuchungen nicht angestellt, wie sie selber anmerken. Daher führen sie die diskursive Konstellation nur ungenau als „Mythos“ ein, den sie durch ihre Untersuchung anhand statistischer Daten entkräften wollen. Aber diese Mythen verdecken nicht die eigentliche Realität, sie erschaffen eine.<sup>6</sup>

**Tabelle 4: Forschungsvorhaben und Bewilligungen FWF 1998 – 2003  
, Anteile in %**

Wissenschaftsfelder	# Vorhaben	# Akeptierte Vorhaben	Summe beantragt	Summe bewilligt
keine Klassifikation	0.1	0.1	0.4	0.8
Naturwissenschaften	45.5	51.2	49.5	54.6
Technikwissenschaften	5.8	5.1	5.2	4,8
Humanmedizin	22.1	17.8	24.3	19.2
Agrikultur, Forst- und Medizinwissenschaften	1.5	1.0	1.4	1.0
GSK	25.1	24.8	19.2	19.6
>> Sozialwissens.	7.5	5.0	5.8	3.8
>> Geisteswissens.	17.6	19.8	13.4	15.8

*(Quelle: Zinöcker, Glanz, Tempelmaier, Dinges 2006:80)*

Bereits beantwortet ist im gesellschaftlichen Interdiskurs nämlich die Frage, wie die Rolle dieser Wissenschaften beschrieben werden könne: für das Recht zu kämpfen, zu existieren, indem sie Nischen in einem Wissenssystem finden, das von den Natur- und Technikwissenschaften beherrscht wird. Diese sind die die herrschenden Wissens-Technologien unserer Zeit.

Die Funktion der GSK in diesem Arrangement besteht darin, Anlass bezogene, begleitende Forschung über „soziale Trends und strukturellen Wandel“ anzubieten (Sozialwissenschaften) oder das „nationale Erbe“ zu bewahren (Geisteswissenschaften). Diejenigen Ausschreibungen der beiden innovativen Forschungsprogramme, die hier untersucht worden sind, haben Projekte angeregt, die kaum miteinander verbunden sind – entgegen den Empfehlungen des Forschungs- und Technologieentwicklungsrates. Aus Sicht der Projektträger scheint es, als ob sie die Stimme ihrer Herren sein müssen, um zu überleben, was aber auch bedeutet, dass die Forschenden geheuert und gefeuert werden. Im

<sup>6</sup> Ich kann an dieser Stelle nur cursorisch auf Roland Barthes verweisen; auch in der sozialen Anthropologie operiert man mit einem sozial-konstitutiven Mythenverständnis. (Vgl. Barthes 2003)

reichhaltigen Pool des akademischen Prekariats findet man immer Spezialistinnen für eines der nachgefragten Themen, die man für zwei Jahre einstellt – per Werkvertrag. Kommt ein neues Projekt mit neuen Anforderungen, so kommt auch neues Personal, je nach Konjunktur der Ausschreibungen. Zwar ist die Basisfinanzierung außeruniversitärer Institutionen mit 30% relativ hoch (Vgl. Diskussionspapier 2006), doch reicht das nicht aus, um diesen Effekt kompensieren zu können.

Entgegen den Empfehlungen des Rates gibt es keine stabilen Bedingungen, die die österreichische Forschungspolitik herstellen würde. Beide avancierten Forschungsprogramme (NODE und TRAFO) sind mittlerweile eingestellt, gleiches gilt im Grunde für die Kulturlandschaftsforschung, wo ein interdisziplinärer Brückenschlag versucht worden war. Die dadurch angeregten Projekte waren wie Leuchtraketen in einem schillernden Feuerwerk, die nun verglüht sind. Die sie tragenden Institutionen und Personen mussten zusehen, dass sie irgendwo anders unter kommen. Wenn man die Laufzeit der Programme und ihre finanzielle Grundausstattung mit anderen Programmen etwa in den Computerwissenschaften oder der Humanmedizin vergleicht, dann ist das Ergebnis niederschmetternd.

An dieser Stelle soll noch einmal auf das bereits erwähnte FWF-Diskussionspapier zur „Situation und Problemlagen der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK)“ aus dem Jahr 2006 eingegangen werden. In diesem Dokument wird, nach einer Aufstellung der Leistungen des FWF, die Wettbewerbssituation beschrieben: „Ausgangspunkt der Diskussion über die Problemlagen der GSK war eine FWF-Aufstellung der Herausforderungen des nationalen wie internationalen forschungspolitischen Umfeldes:

- + Der Druck zur Einwerbung von kompetitiven Drittmitteln steigt und nimmt eine immer größere Bedeutung im akademischen CV von WissenschaftlerInnen ein. In Österreich spiegelt sich dieser Trend u.a. in den Leistungsvereinbarungen der Universitäten wieder.
- + Es ist eine zunehmende Internationalisierung der Wissenschaften mit vereinheitlichten Vergleichsmaßstäben (u.a. European Research Council, Citation Indexes) zu beobachten.
- + Es gibt einen (forschungs-) politischen Druck zur Schwerpunktbildung mit kritischen Massen.
- + Die Forderung an die Grundlagenforschung, auch auf gesellschaftliche Bedürfnisse einzugehen (Anwendungsorientierung), hat in den letzten Jahren – auch angesichts steigender Forschungsausgaben – erheblich zugenommen.“ (FWF-Diskussionspapier 2006:4)

Universitätsinstitute stehen innerhalb und außerhalb der Universitäten unter Druck, weil auch sie gezwungen sind, gegeneinander auf dem Projektmarkt erfolgreich zu sein. Zudem wird Forschung statistisch erfasst und demnach bewertet. Die hier angeführten Zitationsindexe suggerieren eine objektive, also nicht inhaltsbezogene Einordnung, sie sind aber hoch ideologisch, wie man im Kontext des Diskussionspapiers sofort erkennen kann. Denn sie erscheinen als nicht hinterfragbare Selbstverständlichkeit. Um ein Beispiel für die seltsamen Konsequenzen dieser Praktiken zu geben:

Zitationsindexe zwingen Forschende und Lehrende eines Institutes, sich wechselseitig zu zitieren, auch wenn die eigentlichen Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte verschieden sind. So entstehen zwangsläufig Zitationskartelle, die somit einen formalen Nachweis ihrer Produktivität erbringen können, ohne dass irgendetwas Innovatives dabei wäre. Sie folgen der einfachen Regel: „Zitierst du mich, dann zitiere ich dich.“

Zitationsindexe, das zeigt auch diese Textstelle, erzwingen Konformität und führen zur Schlagwortforschung. Aber man hat sich ihnen zu unterwerfen, bei Strafe des Untergangs. Das Gleiche gilt für die „Forderung an die Grundlagenforschung“. Sie ist nicht spezifiziert („hat ... zugenommen“), auch sind die erwähnten gesellschaftlichen „Anforderungen“ unklar: Wer kann für die Gesellschaft sprechen und ihre „Anforderungen“ formulieren? Die

Wissenschaftsbürokratie? Die privaten Geldgeber? Die Zivilgesellschaft? Politische Parteien? Wie stehen wissenschaftliche Dignität und der Wahrheitsanspruch und die geforderte Anwendungsorientierung zueinander?

Dies ist jedenfalls der Rahmen, der vorgegeben wird. In ihm bestehen die „Problemlagen“, so die Beschreibung im Diskussionspapier, erstens in der zu geringen internationalen Mobilität und in der zu hohen Abhängigkeit des Nachwuchses von den Ordinarien und zweitens werden die Förderprogramme des FWF und der European Science Foundation zu wenig genutzt.

Diese Beschreibung hat einen Subtext. Offenbar bestehen für universitätsnahe Forschende ähnliche Probleme wie für die freie Forscherinnenszene. In den Empfehlungen an den FWF, die in einer Arbeitsgruppe erarbeitet worden sind, kommt dies explizit auch zum Ausdruck:

„Die vom FWF geforderten Commitments der Universitäten bei SFBs [Spezialforschungsbereiche] und DKs [Doktoratskollegs] stehen oft der individuellen Karriereentwicklung der ForscherInnen entgegen. So besteht der Druck, sich an Schwerpunktanträgen zu beteiligen, die den universitären Schwerpunkten entsprechen. Dies führt dazu, dass sehr heterogene Gruppen „zwangsweise“ kooperieren.

Hier wäre es notwendig, den experimentellen Charakter der NFNs [Nationale Forschungsnetzwerke] stärker herauszustreichen und die NFNs u.U. auch mit einer längerfristigen Perspektive zu versehen.“ (FWF-Diskussionspapier 2006:8) Eine längerfristige Perspektive der Forschungsprogramme und die Möglichkeit für Forschende, eigene Schwerpunkte zu setzen – das sind tatsächlich unhintergehbare Bedingungen, um solide wissenschaftliche Produktivität zu erzielen. Das ist selbstverständlich nicht nur für die GSK-Wissenschaften gültig.

Faktisch hat sich die Grundlagenforschung in eine Grauzone zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und sozialen Forscherinnen-Netzwerken verlagert. Auch das wird in dem Papier indirekt ausgedrückt, mit der etwas rätselhaften Formulierung der kritischen Massen: „Es gibt einen (forschungs-)politischen Druck zur Schwerpunktbildung mit kritischen Massen.“ (FWF-Diskussionspapier 2006:4)

Mit „kritischer Masse“ wird hier die Menge kompetenter Wissenschaftler bezeichnet, die einen solchen Schwerpunkt mit 'Leben' füllen können, die also tatsächlich relevante Forschungsergebnisse produzieren.

Diese kritische Masse existiert. Aber nicht unbedingt in den Universitäten selbst. Hier wirkt sich die konsequente Ausgrenzung und Marginalisierung kritischer und zumeist theorieorientierter GSK- Wissenschaftler aus, die, aus den Universitäten verdrängt, andere Organisationsformen sich geschaffen haben und in Grauzonen zwischen den Universitäten, Initiativen und Organisationen arbeiten. Alex Demirovic hat in einem Text für *transversal* diese erzwungene Konstitution der nunmehr an den Universitäten fehlenden kritischen Massen beschrieben: „Es wird eine neue epistemische Form entstehen, für die wie für viele andere gesellschaftliche Konstellationen vielleicht das Netzwerk relevant zu werden scheint (...), also eine zu einem guten Teil inter- und transnationale Vernetzung von intellektuellen Debatten und postdisziplinärer theoretischer und politischer Arbeit, die begriffliche Reflexion, empirische Forschung, Erfahrungsbericht und neue Formen künstlerischer Praxis umfasst, die einzelne WissenschaftlerInnen an den Hochschulen ebenso wie JournalistInnen und Zeitschriftenredaktionen, freie Forschungsgruppen und -institute, militante Forschungszusammenhänge, Nichtregierungsorganisationen oder Think tanks einschließt. Die Lebensläufe verlaufen diskontinuierlich, die Arbeitsbereiche wechseln. Häufig handelt es sich um Projektarbeit mit kurzen oder längeren Beschäftigungsphasen, wissenschaftliche geht in politische Arbeit über und umgekehrt, es kommt zu hoher Mobilität und Flexibilität

hinsichtlich der räumlichen Bewegung, der sozialen Kontakte, der Themen und Aktivitäten. Die Hochschulen können dabei insofern noch immer eine gewisse Rolle spielen, als es hier immer wieder Ressourcen gibt und einzelne Hochschulangehörige mit diesen Netzen und Projekten verbunden sind. Doch die Hochschulen verlieren ihre Bedeutung als Orte, an denen kritisches Wissen erarbeitet und reproduziert werden kann. Nicht zuletzt durch die Marginalisierung und Ausgrenzung kritischer Ansätze verringert sich ihre Innovationsfähigkeit und ihre Internationalität.“ (Demirovic 2006)

In den Dokumenten zur Forschungspolitik bezüglich der GSK, die für diese Studie herangezogen wurden, fehlt in der Regel jeglicher kritische Ansatz. Gegebenheiten sind hinzunehmen; allenfalls wird, wie in dem Diskussionspapier sichtbar, nach Wegen gesucht, mit ihnen gut umzugehen. Doch bei der Problemlage „Qualität des wissenschaftlichen Personals“ und „Internationalisierung“ schlägt 'plötzlich' ein Widerspruch der gesamten Strategie durch: Souveräne Wissenschaftler lassen sich schwerlich von den neuen, ideologisch gesetzten Bedingungen und Anforderungen in Dienst nehmen. Der enorme Zwang zur wissenschaftlichen Konformität produziert eben konforme Forscher-Subjekte, die dann keine 'kritischen Massen' bilden können, die gebraucht wird, um 'gute' Forschung zu betreiben. Am Ende werden eben doch qualitative Bewertungen in der GSK-Forschungslandschaft sichtbar, die in den quantitativen Studien nur verdeckt ausgedrückt werden können.

Wir kommen also nicht umhin, die gesellschaftlichen Prozesse zu beleuchten, die diese Situation herbeigeführt haben.

### **6.1. 'Reformen' der Foucault'schen Institutionen**

Michel Foucault hat in einer Serie historisch-kritischer Studien die Entstehung derjenigen Institutionen untersucht, die für die Herausbildung der Moderne prägend sind: Gefängnis, Krankenhaus, Irrenhaus, Regierung – und die Universität. (*Überwachen und Strafen; Die Geburt der Klinik; Wahnsinn und Gesellschaft; Die Verteidigung der Gesellschaft – Die Ordnung der Dinge/Die Ordnung des Diskurses*). Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet diese Institutionen im Zentrum des neo-liberalen Umbaus der nach-modernen Gesellschaften stehen. Foucault denkt dabei eine Institution als Verschränkungen von Macht und Wissen, als eine konflikthafte, formbare Verbindung diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken. In ihnen wird Wissen generiert, das die Institutionen formt, die wiederum in asymmetrischen Kräfteverhältnissen sich herausbilden. Wissensformationen sind Machtformationen und vice versa.

Die Veränderung des Wissens und das Errichten von Regeln des Sagbaren und Unsagbaren sowie die Einführung ideologischer Selbstverständlichkeiten ist also kein ephemeres Phänomen; es steht im Zentrum der politisch motivierten 'Reformen'. Sie bewirken Zentralisierung im Institutionengefüge, eine Hierarchie der Entscheidungen, Produktion von angepassten Experten und Unterwerfungsmechanismen sowie die Neugründung von Institutionen mit erweiterten Machtbefugnissen – so sieht im Schnitt das Design neo-liberaler Reformen aus.

Diese Prozesse sind allerdings keinesfalls widerspruchsfrei zu denken und sie laufen auch nicht top-down ab. Im Falle des österreichischen Universitätssystem finden sie innerhalb der *scientific community* Allianzpartner, die in dem vorherigen, klientelistischen Arrangement nicht ausreichend zum Zuge gekommen sind. So ist ein fragiles, neo-liberales Reformbündnis entstanden, das die Umbauprozesse materiell trägt.<sup>7</sup>

---

7 Ja, diese Bündnisse sind 'fragil' und es gibt keinen Masterplan: Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf die Konflikte und Verwerfungen rund um die von der schwarz-blau-orangen Regierung gewünschten Eliteuniversität in Gugging verweisen, um klar zu stellen, dass hier kein uniformer Prozess abläuft.

Mich interessieren an dieser Stelle aber weniger die neuen institutionellen Arrangements (sie sind es allerdings wert, in einer gesonderten Studie untersucht zu werden), sondern die Seite der Wissensproduktion: welche Art von Wissen wird generiert?

Bei den Ausschreibungen der Forschungsprogramme fällt auf, dass der Begriff der „Transdisziplinarität“ signifikant oft auftaucht. Er gilt für die GSK und für die Natur- und Technikwissenschaften gleichermaßen, wie beispielsweise die Anlage des proVision-Programms deutlich macht.

*Transdisziplinär zu werden* zieht die Notwendigkeit nach sich, dass die Forschenden sich auf die gesellschaftlichen Realitäten beziehen. Dieser Bezug kann auf kritische oder unkritische Weise erfolgen. *Transdisziplinär werden-zu-müssen*, in diesem Zwang reflektieren sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Wissen wird mobilisiert, um die komplexen Gesellschaften (besser) zu verstehen und zu regieren, „regieren“ hier im Sinne von: zu durchdringen, zu lenken, zu ordnen, in der Norm zu halten. Darin haben die GSK-Wissenschaften ihre – im großen Ganzen durchaus bedeutsame – Funktion.

Der hegemoniale Diskurs produziert somit auch „unnützes“ Wissen, diskursiven Abfall, und zwar nicht nur die so genannten „Orchideenfächer“, deren Forschungsgegenstände momentan nicht verwertbar scheinen. Ihnen bleibt als Fluchtpunkt zumindest die Bewahrung des kulturellen Erbes, sondern auch die kritische Wissensproduktion ist marginalisiert, nicht etwa, weil sie 'unpraktisch' wäre, sondern weil sie die politisch-ideologischen Grundlagen des forschungspolitischen Arrangements in Zweifel zieht. Kritisches Denken ist plural, es bezieht sich auf verschiedenste Traditionen: vom kritischen Marxismus über Post-Strukturalismus bis hin zur feministischen Theorie und der Aktionsforschung, über militante Befragung bis hin zur kritischen Stadtforschung in der Tradition der Situationisten.

Methodisch gibt es zwar viele Anknüpfungspunkte für Transdisziplinarität, auch ist es für kritische Wissenschaften selbstverständlich, sich mit der gesellschaftlichen Realität auseinanderzusetzen, dafür gibt es praktisch aber keine Infrastruktur an den Universitäten (mehr).

Die kritische community in der Grauzone ist schon deshalb transdisziplinär, weil die Subjekte immer wieder ihre Rolle wechseln müssen – wie Demirovic beschreibt. Sie bilden sich nicht-disziplinär (indem sie verschiedene universitäre Disziplinen durchlaufen; die Leseinteressen stehen quer zur Disziplin), nicht an einem privilegierten Ort (die Universitätsinstitute sind nur ein Bildungsort unter anderen). Phasen politischer oder gesellschaftlicher Aktivitäten und theoretischer Reflektion wechseln bzw. gehen ineinander über.

Ich schlage vor, den herrschenden Diskurs der Forschungsförderungspolitik in Österreich als Umsetzung einer Regierungsproblematik im Sinne Michel Foucaults zu verstehen.

„Transdisziplinarität“ koppelt die wissenschaftliche Produktion in den GSK-Wissenschaften eng an die Fragestellungen der politischen Steuerung gesellschaftlicher Prozesse und der permanenten 'Reform' der zentralen gesellschaftlichen Institutionen an. Das „Bilden kritischer Massen“ - demnach eine weitere Regierungsproblematik - bezieht sich auf das sozial- und geisteswissenschaftliche Prekariat *und* die kritische Wissensproduktion. Sie findet zwar in einer Grauzone statt, hat aber dennoch gesellschaftliche Bedeutung, eben weil sie transdisziplinär sein *will*. Mit den Instrumenten der Forschungsförderungspolitik wird ein Pool an 'Humanressourcen' geschaffen und behandelt, der bei Bedarf zur Verfügung steht. *Hier ist auch der Ort kritischen Wissens*. Für die Forscherinnen besteht somit ein Ausweg zum Aufstieg oder zur Anerkennung, aber sie werden selektiert. Dabei ergeben sich die Selektionskriterien aus der angewendeten Technologie (das formale Messen wissenschaftlicher Produktivität), die letztlich die Anpassung an den herrschenden Diskurs

misst und honoriert, beispielsweise indem die Publikationsorte gewichtet werden.

Forschungsförderungspolitik ist somit Wissensmanagement der Regierungen. Denn die „Wissengesellschaft“, in der wir leben, hat nicht nur zur Konsequenz, dass wir mehr wissen müssen, sondern auch dass wir bereits viel *wissen-können*. Die nach-fordistische Produktionsweise basiert auf den intellektuellen Fähigkeiten vieler, sie hat eine kritische Masse gut ausgebildeter Beschäftigter produziert und sie braucht momentan mehr und mehr gut Ausgebildete.

Gut ausgebildete Fachleute sind natürlich nicht zwangsläufig das akademische Prekariat der GSK-Wissenschaften, wobei akademische Prekarisierte durchaus in den sozialen Berufen, in Web 2.0-Jobs als auch im florierenden Beratungsgewerbe bezahlte Beschäftigung finden können.

Es gibt also keinen Mangel an Wissen, im Gegenteil: Ein möglicher Exzess des Wissens könnte die Vielen dazu befähigen, die steuernde Macht selbst zu übernehmen. Dieser Zusammenhang erklärt, wie die staatliche Forschungsförderungspolitik Wissen und *Subjektive-wissen* zugleich hervorbringt, kontrolliert und selektiert. Das souveräne Prekariat der GSK-Wissenschaften sollte seine Potenziale daher ins Spiel bringen und für vernünftige Bedingungen für Grundlagenforschung und Theoriebildung in den GSK-Wissenschaften kämpfen – innerhalb und außerhalb der universitären Institutionen.

## 7. Literatur, Links:

Barthes, Roland 2003, Mythen des Alltags, Frankfurt/M

BMBWK 2000: Erklärung der Bundesregierung zu aktuellen Fragen der Forschungs- und Technologiepolitik, beschlossen im Ministerrat am 11. Juli 2000, <http://archiv.bmbwk.gv.at/forschung/materialien/index.xml>

BMWF 2007: Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, [http://www.bmwf.gv.at/forschung/national/programme\\_schwerpunkte/schwerpunktprogramme\\_gsk/gsk\\_das\\_reflexive\\_wissen\\_von\\_gesellschaften/](http://www.bmwf.gv.at/forschung/national/programme_schwerpunkte/schwerpunktprogramme_gsk/gsk_das_reflexive_wissen_von_gesellschaften/)

Demirovic, Alex 2006: Zur Neuformierung kritischen Wissens, in: transversal 08/2006, <http://transform.eipcp.net/transversal/0806/demirovic/de>

Dilthey, Wilhelm 1970: Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften, Frankfurt/M

EuroStat2007: Anteil der staatlichen Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung

(% des BIP),

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page\\_pageid=1996,39140985&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies\\_new\\_science\\_technology&ot=Yearlies\\_new\\_science\\_technology/I/11/eca22800](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_science_technology&ot=Yearlies_new_science_technology/I/11/eca22800)

FWF-Diskussionspapier 2006: Diskussionspapier zur Situation und Problemlagen der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK): Wien

Drucksache 16/4161 2007: Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode 31.1.2007: Berlin

FWF 2007: Leitbild des FWF, <http://www.fwf.ac.at/de/portrait/portrait.html>

NODE 2007: [http://www.node-research.at/joomla/index.php?option=com\\_content&task=view&id=64&Itemid=171](http://www.node-research.at/joomla/index.php?option=com_content&task=view&id=64&Itemid=171)

Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2006, 2007 (verschiedene Herausgeber): Wien

Pechar, Hans; Pellert, Ada; Gindl, Michaela; Hefler, Günther; Kosz, Alexander; Taschwer, Klaus 2002: Forschungspolitisches Monitoring im Bereich der gesellschaftsbezogenen Forschung (= HOFO Working Paper Series 02.001), Wien

[http://www.iff.ac.at/hofo/WP/IFF\\_hofo.02.001\\_Pechar\\_Monitoring.pdf](http://www.iff.ac.at/hofo/WP/IFF_hofo.02.001_Pechar_Monitoring.pdf)

pro-VISION-Ausschreibung 2007: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, zweite Ausschreibung des Forschungsprogramms proVISION: Vorsorge für Natur und Gesellschaft, 29.3.2007, Wien

pro-Vision-Mission 2007: <http://www.provision-research.at>

Rat für Forschung und Technologieentwicklung 2003: Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, Empfehlung vom 16. September 2003: Wien

TRAFO 2007: <http://www.trafo-research.at>

Zinöcker, Klaus; Glanz, Michaela; Tempelmaier, Brigitte; Dinges, Michael 2006: Five Myths about Funding Scientific Research (in Austria), in: Plattform Forschungs- und Technologieevaluierung 28/2006, S. 74-106